

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstraße 1411
Fernsprecher: 37 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreigespalt. Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vor-
herig. Gebührenerhebung auf Postkonto Alfred Riebel 11502, Post-
fachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktion: Schl. Freitag

Louis Gruenwaldt †

Von Hamburg erhalten wir die tieftraurige Nachricht, daß Kollege Louis Gruenwaldt, der greise Führer und Vorkämpfer unserer Bewegung, in der Nacht vom Sonntag zum Montag gestorben ist. Die gesamte Arbeiterbewegung und unsere Gewerkschaft im besonderen verliert in dem Verstorbenen einen der ältesten und besten Streiter. Als junger Gehilfe schloß sich Gruenwaldt der Bewegung an und hat seit dieser Zeit immer an erster Stelle für Recht und Freiheit gekämpft. Als Zwanzigjähriger gehörte er schon im Jahre 1877 dem Vorstand des ersten Deutschen Tapezierervereins an. Als ihm 1878 der Boden in Berlin zu heiß wurde, ging er nach Braunschweig, später nach Hamburg. In allen diesen Orten hat Gruenwaldt am Aufbau unserer Organisation mitgearbeitet. Wenn alle anderen schon verzagten und unter dem Druck des Sozialistengesetzes der Organisationsgedanke zu erlöschen drohte, war er es, der immer wieder die Willenskraft zur Initiative aufbrachte. Im Jahre 1884 gründete er die Krankenkasse der Tapezierer Deutschlands. Dreieinhalb Jahrzehnte stand er an der Spitze derselben und daß diese Einrichtung während der ganzen Dauer des Sozialistengesetzes auch die einzige zentrale Verbindung der Tapezierer war und den zerstörten Verband ersetzte, war in erster Linie sein Werk.

Lange Jahre hat Louis Gruenwaldt als Vorsitzender des Tapeziererverbandes und nach Übersiedlung des Sitzes des Vorstandes nach Berlin als Ausschuß-Vorsitzender seinen Mann gestanden. Sein aufrichtiges Bestreben war es, die Lebenslage seiner Kollegen zu heben. Nie hat er den Mut sinken lassen. Immer war er bereit, in die Bresche zu springen, wo es erforderlich war.

Aber das Streben Louis Gruenwaldts galt nicht nur seiner Gewerkschaft und der von ihm geleiteten Krankenkasse. Er war auch auf allen anderen Gebieten der Arbeiterbewegung tätig.

Als Sozialdemokrat zählte er stets zu den Pionieren der Partei. Lange Jahre war er Vorsitzender des Hamburger Wahlkreises August Bebel's mit dem ihm auch enge Freundschaft verband. An der Errichtung des stolzen Hamburger Gewerkschaftshauses hat er in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied mitgewirkt.

In der Nachkriegszeit durch das Vertrauen der Hamburger Bürgerschaft zu dem verantwortlichen Posten eines Senators berufen, hat er das ihm geschenkte Vertrauen voll erfüllt und besonders auf dem Gebiet der Kranken- und Gesundheitspflege vorbildliches geleistet. Dabei war er noch ein Förderer aller Kulturbestrebungen der Partei und der Gewerkschaften.

Immer galt seine Liebe und Arbeit den Unterdrückten und Armen.

Noch vor wenigen Wochen hat er für die Weihnachtsgabe unseres Verbandes an die Ausgesteuerten Eintausend Mark beigeuert.

So ist in unserem treuen Kollegen Louis Gruenwaldt, der in diesem Jahre ein Alter von 75 Jahren erreicht hätte, ein guter Mensch und einer jener alten braven Vorkämpfer der deutschen Arbeiterbewegung dahingegangen, die noch an der Wiege derselben gestanden und von Anfang an ein langes Leben mitgearbeitet haben.

In Dankbarkeit und Liebe gedenken wir des verstorbenen Führers und geloben in seinem Sinne weiter zu arbeiten und zu kämpfen.

Klar sehen und zusammenhalten!

Zeiten der Wirtschaftskrise gefährden nicht nur sachliche Werte, sondern auch geistige Werte, Werte, die das Verhältnis verbessern und verschönern, das zwischen Mensch und Mensch besteht. Nie ist lauter darüber geklagt worden, daß die Geschäftsmoral so tief gesunken ist, als jetzt, da so manches Unternehmen auf wankenden Füßen steht. Freilich: der tiefere Grund für unehrenhaftes geschäftliches Handeln liegt ja darin, daß die Eigenart der kapitalistischen Wirtschaft geradezu dazu drängt und erzieht, seine Mitmenschen zu überdortellen, auszunutzen und auszubeuten. Der Geist der Gemeinschaft und des Sichverbundenfühlens, der Geist wahrhaftigen, einheitlichen Staats- und Wirtschaftsbürgerstums kann in der kapitalistischen Erwerbs- und Gewinnwirtschaft nicht gedeihen. Hier wird immer „der Kampf aller gegen alle“ herrschen. Und wenn diese Wirtschaft sich mehr und mehr monopolisiert, dann wird der „Kampf ums goldene Kalb“ dadurch nur noch häßlicher und gefährlicher für Volk und Staat werden. Der unbedulde und selbstsüchtige Geist, der mit zwingender Notwendigkeit aus der kapitalistischen Wirtschaft entstehen muß, der fortwährend kräftig durch die Eigenart dieser Wirtschaft genährt wird, hat im Laufe der Zeit eine solche Macht über die Menschen erlangt, daß sie sich ihm alle mehr oder weniger willig unterordnen. Erst mit dem Emporkommen sozialistischer Gedanken ist die Menschheit langsam zum Nachdenken darüber angeregt worden,

ob denn das Gesellschafts-, Wirtschafts- und Kulturleben nicht inhaltvoller und schöner gestaltet werden kann. Seit dieser Zeit ist ein neues Lebensgefühl in den Unterdrückten und ausgebeuteten Massen wach geworden. Der in der kapitalistischen Wirtschaft weitgehend seiner natürlichen Menschenrechte und Menschenwerte beraubte Mensch will heraus aus den Tiefen, in denen zu wandeln kapitalistische Ungerechtigkeit und Willkür ihn zwingt.

Der Befreiungskampf, den die Unterdrückten gegen die Kapitalherrschaft führen, ist durch die lange, schwere Wirtschaftskrise leider nicht belebt worden, wie es notwendig gewesen wäre. Er ist vielmehr von den großen Sorgen und Nöten der Gegenwart, besonders von der Furcht vor der Arbeitslosigkeit ungünstig beeinflusst worden. Auf der Seite des Kapitals wird natürlich auch alles versucht, die „günstige Gelegenheit“, dem Gewerkschaftsleben zu schaden, voll auszunutzen. Da das Kapital einen großen Einfluß auf die Presse ausübt und auch sonst noch allerhand Mittel hat, um die sogenannte öffentliche Meinung zu beeinflussen, treten an den Arbeiter auf Schritt und Tritt Gefahren heran, die ihn in seinem Denken und Willen irremachen können. Man braucht dabei gar nicht einmal gleich an Wertzeitungen und sachliche Agitation zu denken. Es gibt viele unauffällige Mittel des Alltags, die den Arbeiter von seinem Kampfswege ablenken können. Offen und frei ist ja fast nie dafür eingetreten worden, daß der kapitalistische Gedanke für Wirtschaft, Volk

und Staat der allein richtige und mögliche sein soll. Der Kapitalismus hat sich jeder großen Gefahr dafür gewehrt, „im Frühen zu sicken“. Seitdem er aber immer offensichtlicher weniger sich für den Wirtschaftkundigen offenbart, nach Monopolistischer Alleinherrschaft strebt, hat er sich recht Grund, unter täuschenden Masken aufzutreten. Es ist heute vollständig unmöglich geworden, den präkapitalistischen Kapitalismus noch sachlich und wissenschaftlich zu begründen und zu verteidigen. Es ist nichts mehr mit der viel gerühmten persönlichen Initiative, nichts mehr mit der Freiheit, nichts mehr mit der Kraft- und Leistungssteigerung durch Kampf. All das, was früher dem Kapitalismus inneres Leben, auch geistiger und sittlicher Art, gab, ist sehr schwach und bedeutungslos geworden. Der Kapitalismus ist auf dem Wege, an seiner ungezügelten Eier nach Eintommens- und Besitzmehrung zusammenzubrechenden. Wirtschaftliche Fehler über Fehler sind aus dieser Eier entsprungen. Heute in der allgemeinen Wirtschaftsverwirrenheit und unumkehrbaren Ordnung und Verunreinigung zu schaffen, ist eine fast aussichtslose Herkulesarbeit, ausichtslos besonders deshalb, weil die Welt auch politisch ganz aus den Fugen geraten ist, weil der sogenannte Friedensvertrag das Zusammengehen und Sicherhalten der Völker schwieriger gemacht hat, als es jemals war. Darum versuchen die Vertreter des kapitalistischen Gedankens auch gar nicht, die Uebel der Zeit von Grund auf zu heilen, nach ihren Auffassungen und Überzeugungen zu heilen, eben mit kapitalistischen Mitteln zu heilen. Sie wissen aber

fühlen wenigstens, daß das unmöglich ist. Deshalb bewegen sie sich fast nur in Gemeinplätzen, arbeiten mit hohen Phrasen und irreführenden Schlagworten, wenn sie über Gesellschafts- und Wirtschaftsfragen sprechen. Aber man weiß, daß Phrasen und Schlagworte dennoch wirken, wenn sie nur unablässig wiederholt werden. Der Kapitalismus versucht, die öffentliche Meinung in ganz ähnlicher Weise zu beeinflussen, wie er mit Geschäftsrufen und Werbefinesse das Geschäftsleben zu beeinflussen sucht. Immer wieder wird in Schrift, Wort und Bild dasselbe mit denselben Ausdrucksmitteln vorgebracht. Einwendungen, Fragen und Widerlegungen werden nicht beachtet oder einfach unterdrückt, wenn die kapitalistische Macht das kann. Die häßliche Waffe des Lotzschweizens wird vom Kapitalismus mit großer Fertigkeit gehandhabt.

In Krisenzeiten muß der Arbeiter noch schärfer rechnen als sonst, und deshalb steigert sich die Gefahr der kapitalistischen Einflüsterungen, so besonders die, die den Gewerkschaftsbeitrag als zweckloses Opfer hinstellen versuchen. So alt und abgetreten diese sinnlosen Phrasen auch sind, sie wagen sich immer wieder von neuem mit gleicher Unbelämmertheit hervor und können auch leider noch darauf rechnen, hier und da zu wirken. Die Gewerkschaftsleitung geht in schwerer Zeit ganz gewiß die Beiträge mit doppelt schwerem Herzen ein, sie weiß, daß der Arbeiter nur die dringend notwendigen Ausgaben machen darf. Aber dringend notwendig ist eben diese Ausgabe, dringender als alle anderen. Die Gewerkschaft steht mitten in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und kann nicht anders, als mit den Sanftmütigen und Gebrechlichen dieser Wirtschaftsordnung zu arbeiten. Heute noch ist Geld auch für die Gewerkschaft Macht. Eine gesunde Geldwirtschaft ist für die Gewerkschaft die erste Voraussetzung. Mit den Beiträgen wird überall auf das denkbar sparsamste und fruchtbarste gearbeitet. Wenn den Arbeitern von kapitalistischen Werkzeugen Gift ins Ohr zu träufeln versucht wird, sollten sie sich vor allem dies sagen: In der kapitalistischen Presse und auch sonst würde ganz bestimmt die allerfeinste Einzelheit einer nicht ganz einwandfreien Verwendung der Gewerkschaftsbeiträge auf das denkbar grünlichste erörtert und breitgetreten werden, wenn die glühend verheißenen Freile eben nur das kleinste Ziel wahrer Tatsachen finden könnten. Jahr für Jahr gehen Millionen durch die Gewerkschaftskassen, ohne daß die wachsamsten Liebhaber des Kapitals gegen die Geschäftsführung irgend etwas einwenden könnten, das Hand und Fuß hat.

Die Not der Gegenwart sollte alle die noch lümmeliger verbunden, die die eigentlichen Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung darstellen, und zwar zu allen Zeiten, ganz gleich, ob das Kapital viel verdient oder weniger viel. Wenn gute Geschäfte gemacht werden, wird nicht etwa die Lebenslage der Masse zu heben, der Verbrauch zu steigern versucht, wie es eigentlich selbstverständlich und für das Wirtschaftsgebeihen gut wäre. Nein, dann wird der erzielte Ueberfluß in neue Unternehmungen gesteckt, ganz gleich, ob sie notwendig sind und nützlich für das Allgemeinwohl wirken oder nicht. Solche Planlosigkeit treibt dann die Wirtschaft nach einer gewissen Zeit immer wieder von neuem in Krisen hinein.

U. S. G.

Die Leipziger Baumeße Frühjahr 1931.

Nachdem in den Jahren 1929 und 1930 die Leipziger Baumeße ihre neuen großen Hallen erhalten hatte, wird die diesjährige Frühjahrsmeße in demselben Rahmen stattfinden, wie man ihn von der Frühjahrsmeße 1930 her kennt. Hinzugetreten ist jedoch noch außerhalb des Geländes die Leipziger Baumeßelößung mit vier verschiedenen Bauarten in vier Wohnblöcken. Dadurch ist das Bild der Bauwirtschaft auf der Leipziger Meße abgerundet worden in dem Sinne, wie Prof. Dr. W. Kreis, der Präsident des Bundes Deutscher Architekten, es in seinen Worten auf dem Ersten Deutschen Bautag im Herbst 1930 in Leipzig ausgesprochen hatte: „Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich das großartige Programm, das sich die Baumeße gestellt hat, ganz erfüllen möge, damit wir die Baumeße ganz groß und fertig und so vollendet sehen werden, daß niemand mehr in Deutschland und keine andere Stadt auf die Idee kommen wird, so etwas nachzumachen.“

Die Frühjahrsbaumeße wird nach den jetzt vorliegenden Anmeldungen belächelt sein von 290 Werten, die Baummaschinen, Baustoffe, Bauhilfsmittel und Inneneinrichtungen und Geräte zur Gesundheits- und Körperpflege in Wohnungen ausstellen. An Baustoffen wird man die natürlichen und künstlichen Baustoffe sehen können: Klinker, Mauer- und Dachziegel, Marmor, Kunstmarmor in neuer Form, keramische Stoffe, Esmaphan, Jotierstoffe, Beschleunigungsmittel für Wände und Fußböden. Innerhalb der Hallen werden die verschiedenen kleineren Maschinen zur Herstellung und Bearbeitung der Baustoffe gezeigt, wie z. B. Ziegelpressen, Maschinen zum Biegen von Eisenbetoneinlagen, ferner Trocken-

öfen für Bauten, Öfen und Zentralheizungsanlagen. Schließlich werden noch in den Hallen die Verbände und Verkaufsgemeinschaften der Bauwirtschaft ihre Stände haben, die wirtschaftliche Zusammenhänge von Firmen darstellen.

Das Wahrzeichen des Freigeländes wird weiterhin die Halle Stahlbau mit ihrem großen Turm sein, in der die maßgebenden Verbände die Erzeugnisse der Stahlindustrie ausstellen und zeigen, in welcher vielseitigen Form Stahl verwendet werden kann. Auf dem Freigelände selbst stellen die Firmen des Baumaschinenverbandes Betonmaschinen, -gießtürme und -pumpen, Bauaufzüge, Bagger, Turmdrehkrane, Pflastermaschinen, Schotteranlagen, Förderanlagen für Kohle- und Ferntransporte und schließlich auch Straßenbaumaschinen aus.

Im Zusammenhang mit der Ausstellung der zuletzt genannten Geräte steht die Bauausstellung „Straßen und Brücken“, auf der Wissenschaftler und Praktiker über neue Richtungen im Straßenbau, über die Stoffe und Maschinen zur Herstellung von Straßen und über den Brückenbau berichtet werden. Zur Vertiefung der in den Vorträgen vermittelten Kenntnisse werden während der Tagung städtische und Staatsstraßen in und um Leipzig besichtigt werden, da gerade diese besonders kennzeichnend für die neue zeitliche Richtung im Straßenbau sind.

Vorstandssitzung des IOB.

Am 23. und 24. Januar fand in Zürich eine Vorstandssitzung des IOB. Mitt. Zur Behandlung stand die Beschlusfassung über eine Reihe wichtiger Organisationsfragen betreffend Italien, Spanien, Polen, Südamerika und einige Balkanländer. Die nächste Ausschusssitzung wird am 27. bis 30. April dieses Jahres in Madrid stattfinden. Der Vorstand nahm den von Sassenbach unerbitterten günstigen Rechnungsabschluss für das Jahr 1930 zur Kenntnis.

Sassenbach, der nun Amsterdam verlassen hat, wohnte zum letzten Male der Vorstandssitzung bei und verläßt somit das Sekretariat des IOB. — Er wird jedoch auf Einladung des Vorstandes noch der Ausschusssitzung in Madrid beiwohnen und dort vom IOB. und seinen angeschlossenen Organisationen persönlich Abschied nehmen. Ab 1. Januar ist also Generalsekretär Genosse W. Schönewald an seine Stelle getreten, während der neue Untersekretär Genosse Georg Stolz ebenfalls ab Anfang Januar dieses Jahres sein Amt verläßt. In Ausführung der vom Stockholmer Kongress beschlossenen Verlegung des Sitzes des IOB. von Amsterdam nach Berlin traf der Vorstand die letzten Maßnahmen. Der 1. Juli bleibt das definitive Datum der Verlegung des Sitzes.

Neuwahlen der Betriebsvertretungen 1931

Die Amtsdauer der Mehrzahl der Betriebsvertretungen läuft infolge der alljährlich von den Gewerkschaften zu dieser Zeit durchgeführten Neuwahlen wiederum in den Monaten März bis April 1931 ab.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen für das Jahr 1931 sind daher von den Ortsauschüssen des ADGB. und den Ortskartellen des IFA-Bundes

in den Monaten Februar bis März 1931

gemeinsam durchzuführen.

Es ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an dem alle Betriebsvertretungen die Bestellung des Wahlvorstandes vornehmen, und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig keine Betriebsvertretung besitzen, ihre Arbeitgeber zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften. Diese haben gegebenenfalls die Bestellung eines Wahlvorstandes bei dem Vorsitzenden des zuständigen Arbeitsgerichts zu beantragen. Diejenigen Betriebsvertretungen, die erst nach dem 1. Oktober 1930 gewählt worden sind, brauchen jetzt eine Neuwahl noch nicht durchzuführen. Die Betriebsvertretungen sämtlicher Behörden sowie diejenigen im Bau-, Gewerbe- und in der Land- und Forstwirtschaft handeln nur nach den unmittelbaren Anweisungen ihrer zuständigen Gewerkschaften. Alle übrigen Betriebsvertretungen sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen zu dem dafür bestimmten Termin vornehmen. Nach einer Vereinfachung der im Bergbau zuständigen Gewerkschaften finden die Betriebsrätenneuwahlen 1931 für den Bergbau in der Zeit vom 24. bis 26. März 1931 statt.

Seit 1930 ist die Arbeiterbewegung vor eine ganz neue

außerordentlich schwierige Situation

gestellt. Als Folge der Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung haben wir uns in anderen Industriestaaten auch in Deutschland eine Arbeitslosigkeit von einem bisher nie dagewesenen Ausmaß gegenübergestellt, die noch nicht abzusehen, wie diese Arbeitslosigkeit behoben und die Wirtschaft wieder in normalen Gang gebracht werden kann.

Die Verzwelgung, die infolge dessen große Schichten von Arbeitern und Angestellten erfaßt hat, hat dazu geführt, daß bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 Millionen Staatsbürger glaubten, nur noch von den extremen Parteien von ganz rechts und ganz links das Heil erwarten zu können.

Die Reichsregierung hat sich verpflichtet geglaubt, den gegenwärtigen Verhältnissen mit außerordentlichen Maßnahmen zu steuern. Durch diese Maßnahmen sind erhebliche Verschlechterungen des deutschen Sozialrechtes eingetreten.

Neben der gewaltigen Arbeitslosigkeit wird die Existenz der Arbeiter und Angestellten durch Aussetzung, Kurzarbeit und Betriebsstillegungen ununterbrochen erschüttert.

Es gibt nur eine Möglichkeit, aus diesen Zuständen wieder herauszukommen:

die Macht und Geschlossenheit der Gewerkschaften aufrechtzuerhalten und zu stärken.

Wiederum ist daher wie bereits im Jahre 1930 für die Betriebsrätenneuwahlen 1931 die Parole: Für die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung!

Wegen der Durchführung der Neuwahlen verweisen wir im übrigen noch auf die übereinstimmenden Richtlinien des ADGB. und des IFA-Bundes. Die aufgestellten Kandidaten müssen einer Gewerkschaft des ADGB. angehören, oder, wenn sie Angestellte sind, bei einer der dem IFA-Bunde angeschlossenen Organisationen Mitglied sein. Bei der Auswahl der Kandidaten darf nicht die politische Richtung maßgebend sein, sondern es müssen berufliche Tüchtigkeit, geistige Strebbarkeit und gewerkschaftliche Erfahrung entscheiden.

Bei den Wahlen zu den Betriebsräten ist ein

selbständiges Vorgehen der Gewerkschaften des ADGB.

notwendig und eine Dorfständigkeit mit den Organisationen des IFA-Bundes anzustreben.

Wahlbündnisse mit anderen Gewerkschaftsgruppen und Organisationen sind zu vermeiden. Ist für einen Betrieb eine gewerkschaftliche Dachorganisation nach diesen Grundsätzen aufgestellt, so darf kein Mitglied einer dem ADGB. oder dem IFA-Bund angehörenden Gewerkschaften sich als Kandidat auf einer Gegenliste aufstellen lassen.

Gewerkschaftskollegen! Gewerkschaftskolleginnen! Tretet erneut geschlossen in die Schranken zum Kampf gegen alle Feinde der Gewerkschaften. Klärt die irreführten Arbeitskollegen und Arbeitskolleginnen auf. Nichts ist gefährlicher, als in schwierigen Zeiten der Verzwelgung anheimzufallen. Die Betriebsrätenneuwahlen 1931 müssen ein machtvolles Zeichen dafür werden, daß auch in den schwierigsten Tagen die deutsche Arbeiterklasse in ihren Kerntruppen einig und geschlossen bleibt.

Gewerkschaftskollegen! Gewerkschaftskolleginnen! Sorgt dafür, daß in allen Betrieben, in denen Betriebsvertretungen zu wählen sind, von diesem Rechte Gebrauch gemacht wird, und daß überall die fähigsten Belegschaftsangehörigen in die Betriebsvertretungen gewählt werden.

Auf zu den Betriebsrätenwahlen 1931!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Die Wirtschaft erzeugt Stadtlucht.

Im Jahre 1930 ging die Bevölkerungszahl der großen Städte mit Berlin an die Spitze zurück. Der Geburtenüberschuss der Großstädte sank in der Nachkriegszeit in gewaltigem Umfang. Berlin und eine Anzahl anderer Großstädte haben sogar einen Ueber- schuss der Sterbefälle zu verzeichnen. Dieser Be- völkerungsrückgang wurde bisher durch die Zu- wanderung in die Städte mehr als ausgeglichen. In der schweren Krise des Jahres 1930 erfolgte nun eine Umkehrung der Wanderung. Der Zustrom in die Großstadt hörte auf, ja es wandern Arbeiter in so großer Zahl zum flachen Lande ab, daß die Wanderungsbewegung einen erheblichen Be- völkerungsverlust für die Städte brachte. Das jüngste Heft der „Wirtschaftskurve“ enthält aufschlußreiche Angaben über die Größe dieser Wanderungsver- luste. In den 23 größten Städten einschließlich Berlin war die Zuwanderung seit 1924 sehr groß, die Abwanderung geringfügig. Nur in den beiden Jahren mit erheblicher Arbeitslosigkeit 1926 und 1929 sank der Ueberfluß der Zuwanderungen in größerem Maße. Immerhin ergab sich noch ein Ueberfluß von 64 000 bzw. 72 000 selbst in diesen Jahren. Im ersten Halbjahr 1930 war dagegen die Abwanderung aus den Großstädten einschließlich Berlin um 32 000 größer als die Einwanderung. Ohne Berlin ergab sich im ersten Halbjahr 1930 ein Wanderungsverlust für 22 Großstädte in der Höhe von mehr als 21 000. Die Untersuchung zeigt die starke Abhängigkeit der Zu- und Abwanderung in die Städte von der Konjunktur. Die gewaltige Ar- beitslosigkeit zwingt viele Arbeiter, die Großstadt zu verlassen, vor allem dann, wenn sie Angehörige auf dem flachen Lande haben, die sie für die Zeiten der Arbeitslosigkeit unterstützen.

der Regierung und des Reichsarbeitsministers, die Tariflöhne in einen Spielball der Konjunktur- schwankungen zu verwandeln.

Gegen das Abgleiten des Arbeitsverdienstes bei der Depression gibt es leider kein Mittel. Der Sinn des Tarifsystems ist aber, daß es im voraus diese Bewegung in einen Rahmen zwingt: Die übertariflichen, mit der Konjunktur gestiegenen Verdienste können herabgedrückt werden, an den Tariflöhnen darf dagegen nicht gerüttelt werden! Auf diese Weise wird ein wichtiges Element der Stabilität der wirtschaftlichen Bedingungen geschaffen.

Ein Reichsarbeitsminister, der sich nach der Senkung der übertariflichen Verdienste an die Spitze des allgemeinen Angriffs des Unternehmertums gegen die Tariflöhne stellt, verkennt den Sinn der tarifvertraglichen Regelung der Löhne, ebenso wie die Folgen seiner Politik. Gleichzeitig mit der Untergrabung des Vertrauens der Arbeiterkassen zum Tarif- und Schlichtungswesen führt diese Politik zur Verschärfung der auf der gesamten Volkswirtschaft lastenden Baiffe-Bischole: Die allmähliche Abbröckelung der Tariflöhne läßt die Bevölkerung eine Preissteigerung erwarten (die in Wirklichkeit kaum kommen wird) und unterläßt jenen Generaltreiff der Käufer, der zwangsläufig zur weiteren Ein- schränkung der Produktion und Steigerung der Arbeitslosigkeit führt. Dies alles inmitten einer schweren Vertrauenskrise, wo alles auf die Aufrecht- erhaltung und Stärkung der Stabilität der Wirt- schaft eingestellt werden müßte!

Zwei Faktoren sind schuld daran, daß dem so ist: die mangelhaften Befugnisse der Arbeitsvermittlung an erster Stelle. Die staatlichen Arbeitsämter haben nicht das Recht, die Anmeldung aller offenen Stellen zu verlangen, und haben den Arbeitsmarkt deshalb nicht mehr genügend in der Hand. Obwohl der Reichsarbeitsminister anordnen kann, daß der Reibe- zwang für offene Stellen durchgeführt wird, ist in dieser Hinsicht noch immer nichts geschehen.

Politische Gründe sind es zweitens, die nunmehr dazu beitragen, daß die Neuebelegung offener Stellen sich nach so unfaßlichen Grundsätzen vollzieht, wie es jetzt der Fall ist. Was jetzt in Deutschland vor- geht, ist ein Nummer, aber grimmiger Kampf gegen die Gewerkschaften, eine Vorbereitung nationalsozia- listischer Machtergreifung unter Förderung oder mindestens stillschweigender Duldung einer sehr großen Anzahl von Unternehmern.

Die Vorgänge beleuchten den Ernst der Situation. In den Büros und in den Behörden liegen die Freunde und Förderer der Nazibewegung. Die Reichsregierung unternimmt nichts, um den Reibe- zwang bei der Arbeitsvermittlung zur Durchführung zu bringen, und schon jetzt haben wir den Zustand, daß ein Teil der Arbeiterkassen bei Stellungswechsel sofort wieder in andere Arbeit kommt, während das Gros monate- und jahrelang auf eine neue Stelle warten muß. Es wird die höchste Zeit, daß die Ar- beiter in den Betrieben geschlossen vorgehen und der Hege gegen die freien Gewerkschaften mit den schärf- sten Abwehrmaßnahmen entgegenreten.

Berichte aus den Verwaltungsstellen

Der Aufstand der Nazis auf die Betriebe.

Die Filmoberprüfstelle hat einen sozialdemokrati- schen Trickfilm verboten, der in humoristisch-satiri- scher Weise zeigt, wie ein Unternehmer, durch den Streik seiner Arbeiter in Verlegenheit gesetzt, nach Hilfe gegen das Streiten sucht. Er findet diese Hilfe in den Nationalsozialisten. Die Oberprüfstelle lehnte die Zulassung ab, weil der Film die öffentliche Ord- nung und Sicherheit gefährde. In der Begründung seiner Ablehnung erklärte der Vorsitzende: Der Staat müsse auch eine solche Partei, die ihn verneinte, gegen öffentliche Angriffe in Schutz nehmen. Die Mehrzahl der Mitglieder der Oberprüfstelle will durch die en Spruch verhindern, daß das Treiben der national- sozialistischen Gesellschaft öffentlich scharf kritisiert wird.

Mit welchen Mitteln die Wegebereiter des „Dritten Reichs“ unterirdisch wühlen, zeigt ein Rundschreiben der Kreisleitung Groß-Frankfurt, Abteilung Sa Betriebszellen, das „Streng vertraulich“ herausge- geben wurde und u. a. folgende Anweisungen an die Betriebsfunktionäre enthält:

„Der nationalsozialistische Betriebsfunktionär hat die Aufgabe, die Betriebe zu Hochburgen des Nationalsozialismus auszubauen.“ „Difene Propa- ganda kann mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestim- mungen im allgemeinen nur vor oder nach der Ar- beitszeit sowie in den Frühstück- und Mittagspausen ausgeübt werden. Während der Arbeitszeit ist Vor- sicht geboten (ohne daß deswegen die Propaganda- gang zu ruhen braucht).“ „Jeder Arbeiter und An- gestellter kann und soll in seiner Gewerkschaft bleiben, aber politisch muß er den Weg zur NSDAP. gehen. Gewerkschafts- und NSDAP-Mitgliedschaft schließen sich nicht aus. Die NSDAP. steht in den nunmehr angestrebten Betriebszellen-Organisationen die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaf- lung nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann. Dem NS- Funk- tionär wird es zur Pflicht gemacht, freie Arbeits- stellen sofort der Kreisgeschäftsstelle zu melden. Es muß im übrigen dem Gehalt des Funktionärs überlassen werden, so taktisch klug vorzugehen, daß es ihm ge- lingt, die Stelle mit einem Parteigenossen zu besetzen. Während der dort sich vorstellende Parteigenosse „zu- fällig“ von der Stelle erfahren haben muß oder „zu- fällig“ nach Arbeit fragt und sich streng neutral zu verhalten hat, wird es in anderen Betrieben not- wendig sein, den benachrichtigten Parteigenossen an- zuweisen, sich als NS-Mann auszugeben und ihn am besten an den Frage kommenden, die Einstellung be- wirtenden Angestellten zu überweisen.

Wie sich beratige Maßnahmen auswirken müssen, wenn nichts dagegen unternommen wird, beleuchtet Viktor Stein im „Berliner Tageblatt“. Er bemerkt zu dem Rundschreiben:

„Es gibt in Berlin und anderen Städten riesige Unternehmungen mit Wertur, in denen bei jeder Neueinstellung von Arbeitern nach vorangegangenen Entlassungen der Anteil der Nationalsozialisten an den Belegschaften mit einer verblüffenden Konsequenz des „Zufalles“ wächst. Es gibt Betriebe, in denen die Oberleitung einen zwar nicht gerade selbstgefä- hlichen, aber um so erfolgreicher Kampf gegen die mittleren Stellen führt, die auf Grund ihrer Voll- machten zur Einstellung neuer Kräfte nur National- sozialisten und Stahelmer nehmen.“

Bielefeld. Am 20. Januar fand unsere Genera- lversammlung statt. Der Kollege Loh gab den Kassen- bericht; danach balanciert die Hauptkasse mit 12 429,35 Mark, die Lokalkasse mit 18 947,23 Mk. An Streit- unterstützung wurden aus der Hauptkasse 6 870,25 Mk. gezahlt und aus der Lokalkasse 358,20 Mk. Der Ge- samtjahresertrag betrug 24 783,45 Mk. stand eine Gesamthjahresausgabe von 30 768,25 Mk. gegenüber. Der Mitgliederbestand war 486 männliche und 164 weibliche, darin sind 24 Beihilfene entfallen. Auf die Lederwarenbranche entfallen 308, auf die Fahr- zeugbranche 139, die Tapezierer gäben 113, die Frei- rierer 57, auf die sonstigen Branchen entfallen 33 Mitglieder. Arbeitslos sind über ein Drittel, nämlich 220 Mitglieder. An der Distrikts be- stellten sich die Kollegen Eickmann, Weislaue und Bohnenkamp. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Den Geschäftsbericht gab Kollege Qualmann. Er führte an, daß unsere Organisation prozentual die meisten Arbeitslosen mit zu verzeichnen hat. Der übergroße Teil ist Kurzarbeiter. Fast alle Lohnab- kommen sind getündigt. In der Lederwarenbranche herrschte das ganze Jahr Kurzarbeit, in der Fahr- zeugbranche seit Juli. Am schlechtesten war die Be- schäftigung in der Tapeziererbranche. In Detmold konnten 31 Mitglieder organisiert werden. Die Trei- riernbranche arbeitet gleichfalls verürzt. Lohnver- handlung war eine in der Lederwarenbranche, das Lohnabkommen wurde auf ein Jahr verlängert. Die Treibriemer erhalten den Lohn der Gerber, derselbe ist seit 1. Oktober 1930 um 1 Pf. erhöht. In der Fahrzeugbranche war der Manteltarif und das Lohn- abkommen getündigt. Nach vierwöchigem Streit wurde ein Schlichtespruch gefällt, der den Affor- arbeitern 5 Proz. und den Vohnarbeitern 3 Proz. Abzug brachte. Unsere Jugendgruppe besteht aus 25 Kollegen. Diefelbe hatte 54 Veranstaltungen; auch am Fachunterricht wird reger Anteil genommen.

Beim Punkt Neuwahlen wurde der Vorstand in der bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt. Dem- nach fungiert als 1. Vorsitzender Kollege Qualmann, als 2. Vorsitzender Kollege Briebs, als Kassierer Kol- lege Loh und als Schriftführer Kollege Spörhale. Zu Beifhämern wurden die Kollegen Schröder und Brill gewählt. Die Versammlung war gut besucht.

H. Spörhale.

Zwisdau l. S. Generalversammlung am 10. Januar 1931. Den ausführlichen Jahresbericht erstattete Kol- lege Köhner. Anschließend daran gab Kollege As- mus den Kassenbericht. Auf Antrag der Revisoren wurde die Abrechnung für richtig erkannt und dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Neuwahl der Orts- verwaltung ergab die Wiederwahl der Kollegen Köhner als 1. Vorsitzender, Asmus als Kassierer und Köhl als Schriftführer. Als Stellvertreter wurden bestimmt die Kollegen Laudner, Paul Köhner und Lottes. Revisoren sind die Kollegen Köhler und Schaller. In den Prüfungsausschuß der Sattler- innung wurden Köhler und Asmus gewählt. Zu Punkt Verschiedenes weist der Vorsitzende hin auf den Unterhaltungsausschuß, der am 14. Februar im Gewer- schaftsaal stattfindet. Nach Erledigung einiger weiterer örtlichen Angelegenheiten richtete der Ver- sammlungsleiter an die Kollegen den Appell auch im neuen Geschäftsjahr dem Verband die Treue zu wahren.

Ge'ährdung des Tarifsystems.

Mit der Entwicklung des Tarifwesens erhöht sich die Bedeutung der Frage nach der Spanne zwischen den tariflichen und den tatsächlichen Löhnen. Bei der Vorherrschaft der tariflichen Regelung bedeutet eine allzu große Spanne zwischen den tatsächlichen Arbeitsverdiensten und den Tariflöhnen, daß der Lohn der betreffenden Arbeitnehmergruppe tariflich nicht gebunden und folglich auch nicht geschützt ist, daß hier in bezug auf die Löhne tatsächlich ein tarif- loser Zustand herrscht, gleichgültig, ob dies auf be- sonders hohe Akfordverdienste oder auf ungewöhn- lich tiefe Tariflohnsätze zurückzuführen ist.

In seinem Aufsatz „Das Tarifwesen und der Kampf um den Lohn“, der in der Arbeit 1930, Heft 1, erschienen ist, prüft Vladimir Wostinski die Bedeutung dieser Spanne. Nachdem er die Be- wegung der Tariflöhne und der tatsächlichen Arbeits- verdienste in den letzten sechs Jahren unterucht hat, kommt er zu folgenden für die augenblickliche Situation bedeutsamen Ergebnissen:

1. Unter der Vorherrschaft des Tarifsystems zer- setzt sich der Lohn in zwei Bestandteile mit ver- schiedener volkswirtschaftlicher Bedeutung: Der Tariflohn stellt den verhältnismäßig unbeweglichen Teil des Lohnes dar, der möglichst einheitlich für den ganzen Beruf und für längere Frist festgelegt wird; der übertarifliche Verdienst ist der bewegliche Teil des Lohnes, der sich von Betrieb zu Betrieb und von Monat zu Monat verändern kann.

2. Der Tariflohn wies in den letzten Jahren eine strukturelle Auflebbewegung auf, die im großen ganzen dem Fortschritt der Wirtschaft entsprach und deren Schnelligkeit jederzeit durch die Wirtschaftsa- lage (Konjunktur) bedingt war. Die übertariflichen Verdienste schwankten dagegen mit jedem Auf- und Abstieg der Konjunktur.

Diese doppelte Bewegung entspricht der wirt- schaftlichen und sozialpolitischen Funktion des kollektiven Arbeitsabkommens, das die Vereinheitlichung und Stabilisierung der Lohnbedingungen im Lande ohne Gefährdung ihrer Beweglichkeit und An- passungsfähigkeit anstrebt.

Aber wenn dies der Sinn des Systems von Tarif- verträgen ist, dann muß man sich hüten, dieses System widerförmig zu machen!

Widerförmig wird es, wenn die tariflichen Lohn- sätze so tief unter dem Stand der tatsächlichen Ver- dienste gehalten werden, daß sie diese nicht mehr zu beeinflussen, das heißt zu vereinheitlichen und zu stabilisieren vermögen. Wo der übertarifliche Ver- dienst 50, 70 oder sogar 100 Proz. des Tariflohnes beträgt, herrscht tatsächlich ein tarifloser Zustand, für den nicht allein die Vertragsparteien, sondern nicht zuletzt die Schlichtungsinstanzen die Verant- wortung tragen, deren Pflicht es ist, zur gegebenen Zeit den Vertragsparteien klarzumachen, daß die Tarifverträge, die sie abschließen, keinen Sinn haben, und darauf zu dringen, daß die fiktiven Tarifsätze aus der Welt geschafft werden.

Dies fällt aber nicht schwer ins Gewicht im Ver- gleich mit dem anderen Widerförm, der sich gegen- wärtig vor unseren Augen abspielt, mit dem Verzicht

Streiks und Lohnbewegungen.

Lederwaren.

Bezirk Rheinland-Westfalen. Der Tariflohn wurde in Verhandlungen zwischen den Parteien auf 91 Pf. in 1. Klasse festgelegt. Der Vertrag ist kündbar zum 31. Juli 1931.

Treibklemer.

Köln. Ab 17. Januar 1931 bis 30. Juni 1931 beträgt der Mindestlohn 89 Pf.

Köln. Durch Spruch der Schlichtungsinstanz wurde der Mindestlohn bis zum 30. Juni 1931 auf 94 Pf. festgelegt.

Für den **Bezirk Nordwest** beträgt der Mindestlohn 93 Pf. Die Sozialzulage von 2 Pf. pro Kopf und Stunde bleibt bestehen.

Hamburg. Durch Schiedsspruch des Lohnschiedsgerichts wurde der Lohn am 26. Januar 1931 auf 1,10 Mk. festgelegt. Die betriebliche Kopfzulage von 4 Pf. pro Stunde bleibt bestehen. Das Abkommen ist kündbar zum 31. Juli 1931.

Pinneberg. Dasselbe Schiedsgericht fällt mit denselben Bedingungen wie für Hamburg einen Spruch mit 1,05 Mk.

Jahrzueingulidrie.

Freistaat Sachsen. Durch endgültigen Schiedsspruch wurde der Lohn in der Karosseriebranche vom 18. Januar 1931 bis zum 8. April 1931 auf 1,18 Mk. und vom 9. April 1931 auf 1,14 Mk. festgelegt.

Tapeziererbranche.

Freistaat Baden. Der Lohn der II. Klasse wurde vom 1. Februar 1931 bis 30. April 1931 auf 1,02 Mk. festgelegt. Für die Zeit vom 1. Mai 1931 bis 31. Januar 1932 1,00 Mk.

Frankfurt a. M. In freier Verhandlung wurde der Lohn für die Innungsbetriebe vom 1. Februar 1931 bis 31. Januar 1932 auf 1,13 Mk. festgelegt.

Frankfurt a. d. O. Mit der Tapeziererinnung wurde ein neuer Manteltarif bis zum 1. März 1932 abgeschlossen. Gleichzeitig wurde der Tarifmindestlohn bis zum 30. Juni 1931 auf 0,94 Mk. festgelegt.

Weifenfeld. Vor dem Schlichtungsausschuß in Halle wurde am 13. Januar ein neuer Manteltarif abgeschlossen. Der Lohn, der bisher für Sattler 10 Pf. niedriger lag, wurde für Tapezierer und Sattler gleichmäßig auf 1,05 Mk. festgelegt. Laufdauer bis zum 30. September 1931.

Stuttgart-Württemberg. Die Absperrung ist beendet. Am 23. Januar fanden Verhandlungen statt, die die Vereinbarung zeitigten, daß der Lohn für die Holzindustrie auf 1,13 Mk., und für die Tapezierer auf 1,16 Mk. festgelegt wurde. Die Laufdauer ist bis zum 24. Juni 1931 begrenzt.

In den Orten **Stolp, Frankfurt a. M., Hameln, Mainz, Coblenz** und **Kaiserslautern** sind in den Möbelbetrieben Differenzen ausgebrochen, die teilweise zum Streik führten. Die betreffenden Betriebe sind gesperrt und die Orte zu meiden.

Die Absperrung der Baumwollweber in England.

Die Baumwollweber von Lancashire haben mehr als 200 000 Weber ausgesperrt, und es besteht die Gefahr, daß die Absperrung auf 280 000 Spinnereiarbeiter ausgedehnt wird. Die Unternehmer fordern, daß die Weber statt der von ihnen beibehaltenen vier Webstühle in Zukunft eine größere Anzahl von Webstühlen, bis zu zehn, bedienen sollen. Den Webern wird dabei neben vermehrter Arbeitsanstrengung auch noch eine wesentliche Verschlechterung ihrer Löhne zugemutet. Die Löhne sollen nämlich derart geändert werden, daß der Weber, der in Zukunft vier bis sieben Webstühle bedient, ein erheblich geringeres Lohn Einkommen als heute erzielen soll und erst bei Bedienung von acht Webstühlen den gegenwärtigen Lohn bzw. ein wenig mehr erhält. Da die Unternehmer den Uebergang auf das neue System erst allmählich durchzuführen gedenken und dieser Uebergang mehrere Jahre in Anspruch nehmen soll, so geht die neue Regelung zunächst auf eine, und zwar sehr erhebliche Lohnsenkung hinaus. Die Arbeitslosigkeit erzeugende Wirkung des neuen Arbeitssystems dürfte erst allmählich in Erscheinung treten. Die Weber fordern die Sicherung ihres bisherigen Mindestlohnes, was von den Unternehmern abgelehnt wurde. Die Vertreter der Weber verließen, sich durch Abstimmungen in den Betrieben zur Verhandlung Ermächtigung geben zu lassen. In der Kräftigung der im Absperrungsgebiet organisierten Arbeiter wurde diese Ermächtigung zu Ver-

handlungen abgelehnt. Die Unternehmer warteten jedoch das Ergebnis der Abstimmung nicht ab, sondern verkündigten die allgemeine Absperrung. Der Unternehmertarif erscheint der Zeitpunkt der gegenwärtigen Wirtschaftskrise geeignet, in eine rückwärtslose Offensive einzutreten, um die Widerstandskraft der Arbeiterschaft zu brechen.

KPD. als Schriftmacher des Lohnabbaus.

Der ordnungsgemäße Stilllegungsantrag.

Die Ausrede der „Welt am Abend“, daß die der KPD. gehörende City-Druckerei in Berlin „ordnungsgemäß einen Stilllegungsantrag gestellt“ habe, beantwortet die Tageszeitung der Rechtskommunisten wie folgt: „Ordnungsmäßiger Stilllegungsantrag“ Das ist wirklich eine echt kapitalistische Begründung, die einem Borjig und Siemens alle Ehre macht, die aber eine Schande für ein proletarisches Blatt ist. Es bleibt dabei, die Verlegung der „Welt am Abend“ und damit die Arbeitslosmachung von 50 revolutionären Proletariern ist aus rein kapitalistischen Profitinteressen erfolgt. Während alle einfachen Parteimitglieder in Sport-, Kultur- und sonstigen Massenorganisationen angehalten und verpflichtet werden, eventuelle Druckaufträge ihrer Organisationen der Parteidruckerei zuzumachen zu lassen, ist Münzenberg, einer der maßgebenden Führer der KPD., schon immer dafür bekannt, daß er alle seine vielen Druckaufträge nur in privatkapitalistische Betriebe gibt. Dementselben Blatt zufolge wird Münzenberg in der graphischen Arbeiterschaft Berlins als „der Schriftmacher der Lohnbauaktion der Buchdruckerunternehmer“ bezeichnet.

Aus der Gewerkschaftsbewegung

Fränktagewerke in der Zigarettenindustrie. Die beteiligten Verbände der Unternehmer und der Arbeiter für die Zigarettenindustrie haben vereinbart, daß ab 1. März 1931 für die Zigarettenindustrie im ganzen Reich die Fränktagewerke eingeführt wird. Die Löhne werden teilweise ausgeglichen. Statt bisher 48 Stunden wird von der Woche ab, in die der 1. März fällt, die Arbeitszeit nur noch 42 1/2 Stunden betragen. Die Löhne werden so geregelt, daß für diese verkürzte Arbeitszeit 45 Stundenlöhne verrechnet werden. Soweit Arbeitsarbeit in Betracht kommt, erfolgt eine entsprechende Erhöhung der Arbeitslöhne. Die Arbeitswoche wird statt bisher sechs nur noch fünf Tage betragen. Die Vereinbarung ergreift rund 28 000 Arbeiter.

Rundschau

Keynes richtet einen Appell gegen das Sparen. Eine lebhafteste Diskussion wurde in England durch eine Rundfunkrede des bekannten englischen Nationalökonomen Mr. Keynes ausgelöst, der in dieser Rede den Satz aufstellte, daß jedes Fund, das unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht ausgegeben, sondern erspart wird, zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit beiträgt. Jetzt ist es an der Zeit, daß jeder, vor allem aber die öffentliche Hand, mit einer großzügigen Ausgabewirtschaft beginne. Keynes ist der Meinung, daß die gegenwärtige Krise zum großen Teil auf die Erschütterung des Vertrauens in die zukünftigen Abnahmlichkeiten zurückzuführen ist und daß neue Anlagen nicht errichtet werden, bevor das Vertrauen in die Rentabilität der Unternehmungen zurückkehrt. Diese Rentabilität kann jedoch nur durch eine starke Steigerung des persönlichen Verbrauches erreicht werden. Die Notwendigkeit der Verbrauchsteigerung ist daher dringender als Bedenken gegenüber der preissteigernden Wirkung der vermehrten Nachfrage der Verbraucher, selbst wenn dadurch die Lage der englischen Produktion auf dem Weltmarkt verschlechtert wird. Keynes hält die Steigerung des inneren Abzuges für die wichtigste Aufgabe und fordert daher Erhöhung des Verbrauchs an Stelle des Sparens, das seinen üblichen Zweck, die Wirtschaft durch neue Anlagetätigkeit zu beleben, in der gegenwärtigen Krise verfehlen muß.

Bücherschau

Der „**Handwerkliche Reibend**“ ist bestrbt, für die Herstellung und den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs im Hinblick auf Formen, Abmessungen und Durchbildung der Gegenstände neue Wege zu zeigen. Da dieses Ziel nur mit der Unterführung der Handwerker zu erreichen ist, wird er um des Verhältnisses berleben für diese Normungsbestimmungen. Zur Unterführung dieser Bestimmungen hat der „Handwerkliche Reibend“ des RAB. eine Reihe von Vorträgen bereits herausgegeben oder noch in Vorbereitung. Im Heft 1: „Hausarbeit leicht gemacht“ ist der Verfasser bemüht, der Hausfrau Vorschläge für Erleichterung der täglichen Hausarbeit zu geben. Das gleichfalls vorliegende Heft 2, betitelt „Mal-, Färb- und Wäskarbeiten“, die „Auswahl von Rohstoffen und Zubehör“, und das Heft 3, „Die Normung in der Hauswirtschaft“, wenden sich an

die einfaehende Hausfrau und deren Verhältniss für die Normungsbestimmungen. Eine verkehrte Rechnung nach dieser Richtung erheben um so notwendiger, als es anziehende Gebiete der Gelegenheitsarbeit des täglichen Bedarfs gibt, bei denen die Normung nicht so unangenehm vorausgesetzt wie etwa bei den Ausnahmen, elektrischen Zerkleinerern u. m. Es ist also zu bedauern, daß die Bestimmung der Normung für die Hausfrauen und für die Betriebe der Normung noch zu verziehen. Dazu sollen auch die künftigen Vorträge dienen, die in jedem Heft einzeln sind. Zahlreiche Heft sind noch bevorstehend des Vertrags von 50 Pf. pro Band oder noch Ueberweisung auf das Postfachkonto des Reichsfinanzministeriums für Wirtschaftlichkeit: Berlin Nr. 117 098 zu bezahlen.

„Der **Büchereit**“, Vierteljahresschrift, Redigiert von Paul Schöber, 7. Jahrgang, 1931, Heft 1, 2, 3 und 4, 111 m und 8. Kunst. Reichsbeilieg. Inopographische Verlagung von Friedrich Mühlens, 64 Seiten, Verlag, der Väterkreis O. m. b. H., Berlin SW 61, Preis 90 Pf.

Jede neue technische Erfindung, die unser kulturelles Leben bereichert, muß auch kulturelle Erfindungen auf. Denn jede der im höchsten Grade miteinander liegenden Werten, Künsten und Künsten stellt ihre Anforderungen an das neue Kulturinstrument, welches ihre Ausübung und Verwertung, Entfaltung darauf zu gewinnen. So begann auch jetzt nach Ausgestaltung der technischen Grundlagen der kulturellen Kampf um Film und Rundfunk.

Das vorliegende Heft des „Büchereit“ faßt die Forderungen zusammen, die von der sozialistischen Arbeiterschaft und ihren Kulturpolitiker an Film und Rundfunk gestellt werden. Da eine solche Zusammenfassung bisher fehlte, ist seine Vorküre auch für den Gegner der hier vertretenen Auffassungen lehrreich und anregend.

Das immer wiederkehrende Grundmotiv wird in einem feineren Aufsatze folgenbereinigen formuliert. Alle Kulturpolitiker müssen werden, die über die kulturellen Aufgaben der kulturellen Gesellschaften dienlich gemacht. Film und Rundfunk leben demnach heute im Dienste der Machterhaltung des Kapitalismus.

Die Monatszeitschrift der **Büchergilde Gutenberg** nähert sich immer mehr dem Charakter eines inhaltlich wertvollen und neuzeitlich ausgearbeiteten Magazins. Das Februarheft, das jetzt vorliegt, enthält mehrere Erörterungen bedeutender in- und ausländischer Autoren, eine kulturhistorische Betrachtung, Belegstellen und zahlreiche Abbildungen bedeutender Künstler wie Rodin, Louis Corinthe, Rembrandt und Rodolfo. Diese Zeitschrift erhalten die Mitglieder der Büchergilde Gutenberg monatlich kostenfrei.

„Die **Arbeit**“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde, Herausgeber: Verband Reichspol., Schriftleiter: Eobard Gammann, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, Abonnementspreis vierteljährlich 3,50 Mk., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 Mk.

Verbandsnachrichten

(Befanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 1. Februar bis zum 7. Februar 1931 ist der 6. Wochendeitag 1931 fällig.

Plankliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Berichtserstattung über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit Ende Januar 1931.

Alle Orts, die die Berichtstermine noch nicht erledigt haben, werden ersucht, dieselbe bis spätestens zum 5. Februar an uns einzulegen.

Auf eine ununterbrochene 25jährige Mitgliedschaft kann zurückblicken:

Ulm a. d. D.
Frieder, Emil, Sattler.

Adressenänderungen

- Kiel, Raff.: Richard Krüger, Schöpfstr. 10.
- Elbing, Vork.: Erich Weisler, Dambiger Str. 41.
- Ulm a. d. D., Vork.: Willi Sauter, Seelengraben 23.
- Braunschw. Vork.: Emil Walker, Camannstraße 2 III.
- Arnstadt (Thüringen), Vork.: Ernst Schüller, Weiße 24.
- Selkenerden, Vork.: Karl Popenbiker, Fürstinnenstraße 23.
- Karlsruhe, Vork.: Helmut Jörger, Kapellenstraße 42 Hinterh. 1.
- Gera (Thüringen), Raff.: Hans Seeliger, Reichsstraße 83 I.
- Kassel, Raff.: Herm. Pohl, Kassel-Rothenberg, Frankfurter Straße 26 I.
- Osnabrück, Vork.: Bruno Dietrich, Blumentalstraße 13.
- Beetz (Mett), Vork.: Karl Behnke, Friedrich-Ebert-Straße 7.
- Konstanz, Vork.: Anton Walz in Wolmatingen, Laborstraße 8.

Sterbetafel

Im Gestorben sind: am 11. Januar der Sattlerkollege Franz Schmidt im Alter von 43 Jahren; am 20. Januar der Sattlerkollege Otto Schwante im Alter von 55 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!